



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

DER EURO-„RETTUNGSSCHIRM“ FÜHRT ZUR VERARMUNG DER BÜRGER.

Für ein Ende der Haftung österreichischer Steuerzahler
für die Schulden anderer EU-Länder!

Mit dem „Rettungsschirm“ wird nicht den Bürgern geholfen und auch nicht den Staaten; es soll damit nur die „Einheits-Währung“ Euro gerettet werden, koste es was es wolle. Dabei ist der EU- „Rat“ (die Staats- und Regierungschefs) auch nicht davor zurückgeschreckt, den eigenen Vertrag zu brechen.

In Artikel 125 des EU-Vertrags heißt es eindeutig: „Die Union haftet **nicht** für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen ... von Mitgliedstaaten und tritt **nicht** für derartige Verbindlichkeiten ein.... Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen... eines **anderen** Mitgliedstaates und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein.“

Trotzdem wurde bei der „Währungsreform“ vom Mai 2010 das bisherige Währungssystem putschartig durch eine neue, inflationsgefährdete Weichwährung ersetzt. Entgegen dem Vertrag wird die Europ. Zentralbank in Zukunft **wertlose Staatsanleihen gegen Euro ankaufen**. Das bedeutet, daß jederzeit bei Bedarf frisches, ungedecktes Geld gedruckt wird, wenn eine Regierung es verlangt.

Noch vor kurzem hatte Jean-

Claude Trichet, der Präsident der EZB, dies kategorisch ausgeschlossen, da eine direkte Staatsfinanzierung die Hauptursache für Inflation darstellt. Von nun an ist der Euro eine Weichwährung; die EZB hat die Unabhängigkeit verloren. Für die bisherigen Nettozahler wird sich die bisher **untersagte** Praxis verhängnisvoll auswirken, daß bei Schuldenkrisen die weniger Verschuldeten den hoch Verschuldeten mit ungeheuren Milliarden-summen zu Hilfe kommen müssen. Damit wurde die Währungsunion über Nacht in eine **Transferunion** verwandelt und ein gewaltiger **Umverteilungsmechanismus** in Gang gesetzt, der aus den solideren Nettozahlern wie Deutschland und Österreich immer neue Milliarden in dreistelliger Höhe abzocken und damit die Haushaltslöcher anderer Staaten stopfen wird. Das hat eine **erwünschte Inflation** zur Folge, bei der riesige Staatsschulden auf alle Bürger abgewälzt werden sollen.

Der bekannte deutsche Währungsfachmann **Prof. Wilhelm**

HANKEL hat auf diese Zusammenhänge immer wieder in Publikationen und Vorträgen hingewiesen.

Als Ergebnis dieses Währungsputschs wird eine **EU-Wirtschaftsregierung** installiert werden, bei der alle Stabilitätsprinzipien über Bord geworfen werden und die wirtschaftliche Lebens- und Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten zugunsten eines EU-weiten Finanzausgleichs völlig untergraben wird. Der dadurch entstehende **Ausverkauf des Volksvermögens der Nettozahler** ist im Gange und kann nur bei einem Austritt aus der EU und damit auch aus der Währungsunion beendet werden.

Die Beschlüsse dafür wurden in Nacht- und Nebel-Aktionen ohne nennenswerte Debatten in der Öffentlichkeit entgegen dem Text des EU-Lissabon-Vertrags gefaßt. Die dazu nötige **Änderung des Vertragstextes** soll im Nachhinein bei einem der nächsten EU-„Gipfel“ vollzogen werden. Die Parlamente können daran nichts

**Zur Lebensmittel-Gesundheit
EU-Angriffe auf Ungarn
Nein zum Libyen-Krieg!**

**Seiten 5/6
Seite 7
Rückseite**

ändern, da der Lissabon-Vertrag die EU-Führung (die Staats- und Regierungschefs sowie der Präsident der EU-Kommission und der Präsident des Rates) ausdrücklich ermächtigt, fast alle Punkte des gesamten EU-Vertrags willkürlich abzuändern. Durch diese „**General-Ermächtigung**“ muß der EU-Vertrag zurecht als „Diktatur-Verfassung“ bezeichnet werden.

Bundeskanzler Faymann wußte dies auch, als er im berühmten „Brief an die Kronen Zeitung“ versprach, zumindest bei künftigen Vertragsänderungen eine Volksabstimmung darüber durchzuführen. Die Wahl hat er damit gewonnen, dieses Versprechen aber nicht gehalten. Sonst hätte er im EU-Rat seine Zustimmung zum klar vertragswidrigen Euro-Rettungspaket nicht ohne Volksabstimmung darüber geben dürfen.

Inge Rauscher, Obfrau der IHU

Euro-Proteste in Deutschland

Seit einiger Zeit finden jeden Samstag in Berlin und Frankfurt Anti-Euro-Demonstrationen statt. Die „Berliner Umschau“ berichtete darüber wie folgt: „Rund hundert EU-Gegner protestierten Sonnabend Vormittag im Berliner Regierungsviertel gegen den Euro-Rettungsschirm. Vor dem Reichstag forderten sie den Verzicht auf milliardenschwere Rettungspakete für die EU-Währung und eine Rückkehr Deutschlands zur D-Mark. Der Publizist Jürgen Elsässer warf Brüssel vor, eine „**Diktatur der Kommissare**“ errichtet zu haben und immer mehr gutes Geld in das Faß ohne Boden, den Euro, zu werfen. Durch Rettungsschirm und Bürgschaften für EU-Staaten habe Deutschland 170 Milliarden „vermeintliche Hilfen“ an die Großbanken „Goldmann Sachs, GP Morgan, Commerzbank, Deutsche Bank und die Betrüger der HRE“ gezahlt. Eine permanente Ausdehnung des Rettungsschirms wäre „ein kalter Verfassungsputsch“, da der Bundestag nicht mehr über einzelne Hilfspakete entscheiden dürfte.“

Schweden ohne Euro erfolgreich

Die in mehreren österr. Zeitungen aufgrund von Politiker-Aussagen verbreitete **Panikmache**, daß ein Austritt aus dem EURO und die Wiedereinführung der nationalen Währungen eine „wirtschaftliche Katastrophe“ bedeuten würde, wird nicht nur durch die Schweiz widerlegt, sondern auch durch Schweden. 2003 hatten sich die Schweden in einer Volksbefragung mit 55,9 Prozent gegen einen EURO-Beitritt ausgesprochen und ihre nationale Währung, die Krone, beibehalten. Schweden habe die jüngste globale Finanz- und Wirtschaftskrise dank starker wirtschaftlicher Fundamente und einer „gesunden Geldpolitik“ gemeistert, heißt es dazu im jüngsten OECD-Bericht,

wie der ORF auf seiner Internet-Seite vom 22.5.2011 berichtete.

EU-Austritts-Plakat bei uns erhältlich

Das auf „Seite 3“ (absichtlich ohne Seitenangabe) abgebildete Plakat – Originalgröße A1-Format, also 60x84cm, in **rot-weiß-rot**-Gestaltung – kann gerne bei uns in beliebiger Anzahl bestellt werden. Man kann es am Auto anbringen, an Zäunen, Anschlagtafeln, bei Hauseingängen usw. Es ist nicht so, daß wir alle machtlos wären, wir können sehr wohl einiges tun. Wir müssen aber auch den Mut dazu haben!

Bestellung per beiliegendem Erlagschein; Zusendung erfolgt per Post.

5.500 Einleitungs-Unterschriften für's EU-Austritts-Volksbegehren geleistet!

Weitere über 3.000 bis Jahresende gesetzlich gefordert.

Die Mitarbeiter der Überparteilichen Plattform für den Austritt aus der EU werben für dieses Anliegen, wann immer es möglich ist, durch zahlreiche Info-Stand-Kundgebungen quer durch Österreich. Auch im Sommer wird diese sehr zeitintensive Arbeit fortgesetzt werden. In den nächsten Wochen sind wir vor allem in Wien, Niederösterreich, der Steiermark und Kärnten unterwegs. Im September geht es dann auch wieder nach Oberösterreich. Das größte Problem dabei sind die **Kosten für die Notare**, die es den Bürgern ermöglichen, direkt beim Info-Stand auf belebten Plätzen unterschreiben zu können – eine Erleichterung vor allem für Berufstätige. Die Kosten für die Notarhonorare müssen bis Jahresende insgesamt auf rund **25.000,- Euro** (344.000,- ÖS) veranschlagt werden.

Dieser Betrag ist für Bürgerinitiativen eine Riesen-Herausforderung, die nur zu bewältigen ist, wenn mög-

lichst viele unserer Leser dazu einen **Sonder-Beitrag** leisten. Wir bitten auch Sie darum, damit das Volksbegehren zustande kommen und damit ein großer Schritt in Richtung **Wiedergewinnung** eines freien, neutralen und wirtschaftlich lebensfähigen Österreichs gelingen kann. Herzlichen Dank im voraus!

Das eigentliche Volksbegehren, die sogenannte „öffentliche Eintragungswoche“, wird dann (nach Einreichung aller Unterstützungs-Erklärungen im Innenministerium) im Frühjahr 2012 stattfinden.

Bitte informieren Sie Freunde/Bekanntete über die Möglichkeit der Unterzeichnung dieses Volksbegehrens auf den **Gemeindeämtern** bzw. **Stadtmagistraten** (dabei entstehen keine Kosten für uns). Sie können dafür gerne die Seiten "3" und "4" (ohne Seitenangabe) herausnehmen und weiterkopieren.

Bitte vor dem Ausfüllen kopieren und weiterverbreiten!
Die Unterschrift erst vor dem Beamten leisten (ist Vorschrift).
Amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen.

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!

Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren]	[Allfällige Kurzbezeichnung]								
AUSTRITT									
aus der Europäischen Union									
Stark umrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungswilligen auszufüllen!	Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen								
	Wohnort								
	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)								
	<table style="width:100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> </tr> </table>								
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift	Eigenhändige Unterschrift								

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Stark umrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!	Gemeinde									
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.							
	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung									
	<input type="checkbox"/> wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	<input type="checkbox"/> war gerichtlich beglaubigt.	<input type="checkbox"/> war notariell beglaubigt.							
Datum (Tag, Monat, Jahr)	Gemeindegel	Unterschrift								
<table style="width:100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> <td style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px;"></td> </tr> </table>										

Bitte nach Bestätigung durch Gemeinde/Magistrat dieses Original einsenden an
INITIATIVE HEIMAT & UMWELT, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

(Zusendung per Fax oder E-Mail wird aus rechtlichen Gründen leider nicht anerkannt.)

Die EU tritt die Gesundheit ihrer Bürger mit den Füßen!!

von Richard Leopold TOMASCH, Kärnten



Wer schon einmal mit einem Gesundheitsproblem in einem Krankenhaus gelegen ist, der weiß die Gesundheit zu schätzen! Nicht umsonst heißt es: "Die Gesundheit ist unser höchstes Gut, alles ist Nichtigkeit ohne die Gesundheit!"



Es gibt unzählige Krankheiten, aber nur eine Gesundheit! Deshalb sollte man auch besonders auf sie achtgeben! Viele Faktoren müssen zusammen wirken, damit man sich der Gesundheit erfreuen kann. Streß, rauchen, wenig Bewegung sind bekannte Gesundheitskiller! Der Hauptfaktor für Krankheiten ist aber eine **denaturierte Ernährung!**

Merkwürdigerweise fragt selten ein Arzt die Patienten nach ihrer Ernährung! Fertignahrungen mit Chemiegiftstoffen (E - Nummern) verzeichnen in der letzten Zeit leider **zweistellige Zuwachsraten!**



Nicht von ungefähr haben sich parallel dazu die Allergien explosionsartig vermehrt und auch die Krebsrate hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt! Deshalb ist es umso wichtiger, daß man besonders auf eine natürliche Nahrung achtet! Der Slogan, man ist, was man ißt, hat heutzutage einen besonderen Stellenwert.

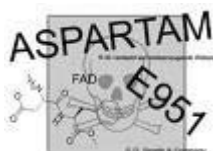
Wir hatten **vor der EU** in Österreich die am besten kontrolliertesten Lebensmittel der Welt, da hat es noch geheißen, Vertrauen ist gut, aber Kontrolle ist besser! (Man hatte noch eigene Labors.)

Heutzutage kontrolliert stattdessen nur mehr die **EFSA** („EU- Lebensmittelkontrollstelle“ mit Sitz in Italien) unsere Ernährung! Eigentlich kontrolliert diese aber beinahe nichts, denn sie übernimmt in den häufigsten Fällen die **Gutachten der multinationalen Konzerne** Eins zu Eins!! Gesundheitshöchstwerte werden nach Belieben einfach höher gesetzt! Bei Obst und Gemüse wurden die zulässigen **Pestizidwerte** mehr als verdoppelt, die **Wasserleitwerte** in den letzten 20 Jahren von 1000 auf 2500 erhöht u.s.w.



Die EFSA hat bei der „Gentechnik“ (großer Bruder der Atomtechnik) in den Nahrungsmitteln überhaupt keine Bedenken, obwohl durch mehrere internationale Tierstudien eindeutig belegt ist, daß die Gentechnik uns enorm schadet!

Gentechnisch erzeugtes Aspartam zum Beispiel (Süßungsmittel) ist bereits in über 10.000 Nahrungsmitteln enthalten (fast in jedem Kaugummi)!



Aspartam wird für mindestens 92 Krankheiten, wie Alzheimer, Asthma, Epilepsie, Gehirntumore, Multiple Sklerose, Parkinson, Herzrhythmusstörungen, Migräne...verantwortlich gemacht!



Medikamente werden immer mehr mit der Gentechnik erzeugt! Tatsache ist aber, daß leider 40–50% der Menschen an **Nebenwirkungen** von Medikamenten sterben! Das Paradedstück der „Roten Gentechnik“, das gentechnisch hergestellte Insulin, wurde wegen Krebschädigung verboten...



Zusätzlich wird mit solchen Stoffen die **Sättigungsschranke blockiert**, daß heißt, wir wissen nicht mehr, wann wir satt sind! Die Auswirkungen dessen sind in den USA bereits deutlich zu sehen, wo die meisten Menschen bereits aus dem Leim gehen! Auch in unseren Breitengraden ist bereits **jedes zweite Schulkind** zu dick (dicke Kinder - kranke Erwachsene)!



800.000 Tonnen „Gentechsoja“ kommen jährlich nach Österreich und werden an die Tiere verfüttert, wonach die Produkte ohne Kennzeichnung als Trickbetrug verkauft werden! 95% der Europäer wollen die Gentechnik nicht auf ihren Tellern haben! Trotzdem zwingt die EU uns das auf, obwohl sie immer wieder behauptet, demokratisch zu sein!!



Ist einmal die Gentechnik auf die Felder ausgebracht, dann gibt es **kein Zurück mehr**, die Folgen sind irreversibel (siehe Kanada, Indien, Argentinien, USA)!

Im Unterschied zur Atomspaltung, wo die Strahlung mit der Zeit abnimmt, vermehren sich die Genveränderungen täglich!



Kontakt:

Tel. 04235/2347; riletto@proleben.at; www.proleben.at

Deshalb ist dieses Teufelszeug noch gefährlicher einzustufen als die Atomtechnik.

Aber anstatt die Atomkernspaltung sowie der Zellkernspaltung (Gentechnik) zu verbieten, verbietet die EU Natur- und Heilkräuter, das Tauschen von Saatgut wird demnächst ebenfalls verboten sein. (Auch das Verbot der Hausgärten ist in der EU bereits angedacht)!!

Deshalb ist die Österreichische Plattform ProLeben – Antigen-technik (www.proleben.at) Mitglied für das Volksbegehren Austritt aus der EU geworden.

Mit dem Austritt Österreichs aus der EU haben wir die Hoffnung, wiederum eigenständig über unsere Lebensmittel verfügen zu können, was ohnehin zu den Menschenrechten zählt und jetzt von der EU mit Füßen getreten wird!

Pressesprecher der Plattform
Richard Leopold Tomasch

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 20 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninse-
rate!

Einladung zum Info-Abend

RISIKEN DER GENTECHNIK IN LEBENSMITTELN UND DER LANDWIRTSCHAFT

Mittwoch, 29. Juni 2011, um 19.30 Uhr
in ST. VEIT/KÄRNTEN im Hotel Fuchspalast

Donnerstag, 30. Juni 2011, um 19.30 Uhr
in SPITAL/KÄRNTEN im Gösser Bräu

Es sprechen:

Dipl. Landwirt Gottfried Glöckner

(Opfer der Gentechnik, dem 70 Kühe verendet sind)

Dipl.Ing. Volker Helldorff (Bio)

Harald Janach (Nationalrat)

Richard Leopold TOMASCH (Pressesprecher Plattform ProLeben)

Informationen dazu unter: www.proleben.at

Zu den Angriffen der EU gegen Ungarn

von Dr. Eva Maria BARKI, Wien

Seit Monaten ist unser Nachbarstaat Ungarn Ziel von Angriffen, die jeglicher sachlichen Grundlagen entbehren und auf unrichtigen, unvollständigen und verzerrten Tatsachendarstellungen beruhen.

Medien unterstützen Altkommunisten

Offensichtlich erregt die parlamentarische Zweidrittelmehrheit der Regierungspartei Mißfallen. Alle Berichte und Kommentare verschweigen aber, daß gerade die massive Verletzung der Grund- und Freiheitsrechte durch die sozialistisch-liberale Regierung Gyurcsany der Grund für den fulminanten Sieg für Orban war. Es war die Antwort auf **jahrelangen Polizeiterror**, Behinderung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit durch brutale Auflösung von friedlichen Demonstrationen unter Anwendung exzessiver Gewalt mit hunderten Verletzten, willkürliche Verhaftungen und bedenkliche Geheimdienstaktionen, die an die finstersten Zeiten des kommunistischen Terrors erinnerten. Es ist bemerkenswert, daß all jene, die diese schwersten Menschenrechtsverletzungen zu verantworten oder hiezu **geschwiegen** haben, **nunmehr** die Demokratie gefährdet sehen.

Meinungsfreiheit ist gewährleistet

Es gibt heute in Ungarn keine Zensur und keine wie immer geartete Einschränkung der Meinungsfreiheit. Zum ersten Mal seit acht Jahren kann ohne massiven Polizeidruck frei demonstriert werden.

Über all dies wird in den Medien nicht berichtet. Es wird auch nirgends erörtert, daß nicht Ungarn, sondern vielmehr die **Europäische Union** es ist, die sich vom Inhalt des die freie Meinungsäußerung behandelnden Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention **entfernt**. Die Europäische Union übernimmt in ihrem Artikel 11 der EU-Grundrechte-Charta nur den Abs. 1 der Europ. Menschenrechtskonvention über die freie Meinungsäußerung, **nicht aber** deren Abs. 2: Die-

ser behandelt die mit der Ausübung der Meinungsfreiheit verbundenen „Pflichten und Verantwortung“, welche die Einschränkung der Meinungsäußerungsfreiheit ausdrücklich rechtfertigen und vorsehen, und zwar zur Wahrung der in der Konvention genannten spezifischen **Schutzpflichten** und zur Verfolgung legitimer Ziele. Diesen Schutz- und Verantwortungspflichten ist man im ungarischen Mediengesetz nachgekommen.

Die Europäische Union hat es bis heute nicht einmal für Wert befunden, der Europäischen Menschenrechtskonvention beizutreten.

Verletzung der Souveränität Ungarns

Es wird auch nicht beachtet, daß sowohl Medienrecht als auch die staatliche Verfassung **innerstaatliche Angelegenheiten** und daher zu respektieren sind. Der Versuch der äußeren Einflußnahme stößt im Hinblick darauf, daß Ungarn noch nicht lange von 46 Jahren Fremdbestimmung befreit ist, auf verständlichen Widerstand.

Auch Ungarn hat, wie jedes Volk, ein Recht auf Bewahrung seiner nationalen und kulturellen Identität, in Entsprechung des in Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankerten **Rechtes auf Selbstbestimmung**, welches eine anerkannte und nach einhelliger Meinung sogar zwingende Völkerrechtsnorm ist.

Das ungarische Grundgesetz schützt europäische Werte

Die überwiegende Mehrheit der ungarischen Bevölkerung bekennt sich zu den im Grundgesetz genannten europäischen Werten, für welche Ungarn Jahrhunderte hindurch gekämpft und große Opfer erbracht hat. **Ungarn war in der europäischen Geschichte mehrmals Vorreiter und Vorkämpfer für grundlegende Freiheitsrechte** (erstes Fremdenrecht unter König Stephan dem Heiligen, Oppositionsrechte und Freiheitsrechte in

der Goldenen Bulle 1222, erste Autonomieregelung im Andreanum 1224, erste Religionsfreiheit 1568, Pressefreiheit und Grundrechtskatalog 1848 und 1868), sodaß es wahrlich keine Belehungen von außen benötigt.

Die Fortsetzung dieser **in Europa einzigartigen** verfassungsrechtlichen Entwicklung ist daher ein berechtigtes Anliegen in Ungarn. In diesem Sinne ist auch das am 18.4.2011 vom ungarischen Parlament beschlossene Grundgesetz zu sehen, welches den bisherigen Verfassungsbruch beseitigt hat. Es ist offenbar nicht bekannt, daß die ungarische Verfassung nach der deutschen Besetzung Ungarns am 19.3.1944 außer Kraft gesetzt und sodann nach sowjetischer Besetzung im Jahre 1949 durch eine stalinistische Verfassung ersetzt wurde, die im Jahre 1990 zwar adaptiert, aber von allen Regierungen als provisorisch angesehen wurde.

Zu den in der **Präambel** der neuen Verfassung erwähnten, auf der tausendjährigen Geschichte, Kultur und Tradition beruhenden Werten bekennt sich die überwiegende Mehrheit der Ungarn, die in einer beispielhaften **Fragebogenaktion** Stellung nehmen konnten und davon auch Gebrauch gemacht haben (900.000 Antworten!) Das Grundgesetz – wie auch jede Aktivität der Regierung – wird in Ungarn nur von jener Minderheit in Frage gestellt, die aus der kommunistischen Nomenklatur kommend, den Zusammenbruch ihres Systems und den Verlust ihrer bis heute erfolgreich bewahrten wirtschaftlichen Vorteile nicht wahrhaben wollen und um die Rückgewinnung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht kämpfen. Daß dies in den westlichen Medien und zum Teil auch auf internationaler Ebene massive Unterstützung findet, **macht Angst**.

*Rechtsanwalt
Dr. Eva Maria Barki*

Forum Mitteleuropa

Tel 0-1-535 39 80,

Fax 0-1-533 88 48

E-Mail barki@lawvie.at

NEIN zum KRIEG von NATO und EU gegen Libyen!

"Demokratie" nur Vorwand

Seit vielen Wochen fliegen NATO- und EU-Staaten Luftangriffe gegen Libyen, die lebensnotwendige Infrastruktur zerstören und tausende Tote und Verletzte auch unter der Zivilbevölkerung fordern. Dabei war Gaddafi bis vor kurzem ein **enger Verbündeter** von EU und USA. Allein im Jahr 2009 wurden von EU-Staaten Exportlizenzen für Kriegsgüter im Wert von 344 Millionen Euro an das Regime in Libyen erteilt. Von 2006 bis 2009 wurden Waffenexportgeschäfte zwischen Libyen und den EU-Großmächten Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien im Wert von über 1,2 Milliarden (!) US-Dollar vereinbart.

Aber: Gaddafi ließ die **Öl-Konzerne** nur unter strengen Auflagen ins Land. So mußten 80% der Produktionserlöse an die staatliche libysche Ölgesellschaft NOC abgetreten werden. Verstärkt wurde versucht, die Exploration von Erdöl und Erdgas mit eigenen Mitteln voranzutreiben. Die radikalste **Privatisierungsfraktion** innerhalb der libyschen Führung verlor an Boden, ihre Köpfe finden sich heute an der Spitze der „demokratischen“ Opposition.

Libyen verfügt auch über einen **riesigen Wasserschatz**, sogenanntes „fossiles“ Wasser unter dem Wüstenboden. Für Bevölkerung und Landwirtschaft wird damit ein Wasservolumen erschlossen, das rund 35.000 Kubik-Kilometer umfaßt. Zum Vergleich: Das entspricht einem See von der Größenordnung Deutschlands und 100 Metern Tiefe. Das Großprojekt dessen Erschließung befindet sich ausschließlich in libyschem Eigentum und wurde ohne einen Cent von IWF oder Weltbank finanziert. Der Wert dieser Ressourcen wird auf viele Billionen (!) Euro geschätzt; die mit Abstand größten **privaten** Wasserkonzerne der Welt nennen sich VEOLIA und SUEZ...

Viele Hinweise deuten darauf hin, daß dieser **Krieg seit längerem geplant war** und die Unterstützung (mit Bomben?) einer „demokratischen Volksbewegung“ nur ein Vorwand ist. Am 2. März 2007 erzählte der Vier-Sterne-General und NATO-Oberbefehlshaber **Wesley Clark** dem

Polit-Magazin „democracy now“, daß ihm kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eine Liste gezeigt wurde, auf der sieben Länder im Nahen Osten standen, die von den USA in den nächsten Jahren destabilisiert, angegriffen und **ausgeschaltet** werden sollten: Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und der Iran.

Dementsprechend konnte der Kriegsvorwand – Gaddafis Kampfflugzeuge hätten friedliche Demonstranten bombardiert – bis heute **von keiner Seite dokumentiert** werden. Nicht nur „Russia Today“ konnte dafür keine Beweise finden, auch die (sicher bestens ausgerüstete) **westliche** Satellitenüberwachung nicht, wie aus folgenden Zitaten aus einer Pressekonferenz des US-amerikanischen Verteidigungsministers Robert Gates und seines Generalstabschefs Mike Mullen vom 1.3.2011 hervorgeht:

Frage: „Sehen Sie einen Beweis, daß Gaddafi seine Leute aus der Luft beschießen ließ? Es gab solche Berichte, aber liegen Ihnen unabhängige Bestätigungen vor?“ Darauf Gates: „Wir kennen diese Berichte, haben aber keine Bestätigung dafür.“ Und Admiral Mullen: „Das ist richtig, wir haben keinerlei diesbezügliche Bestätigungen.“

Für nähere Informationen dazu verweisen wir auf die Zeitschrift der „Solidar-Werkstatt Österreich“, Tel. 0732/771094 (www.solidarwerkstatt.at) und den unabhängigen Nachrichtendienst „Inter-Info“, Tel. 07227/80188-0 (office@meinbuecherdienst.at).

Zur Teilnahme an solchen Kriegen wurden die **EU-„Battle Groups“** (wörtlich „Kampftruppen“) geschaffen; dazu ist auch Österreich verpflichtet, solange wir EU-Mitglied bleiben. Laut „Wiener Zeitung“ vom 12.4.2011 hält Österreich seit 1. Jänner 2011 rund 180 Soldaten für EU-„Kriseneinsätze“ bereit, für den Libyen-Einsatz will man bis zu zehn Offiziere entsenden.

Bevor die EU-Pflichten Österreichs für derart niederträchtige und menschenverachtende Zwecke ausgebaut werden, was geplant ist:

ZURÜCK ZUR NEUTRALITÄT, RAUS AUS DEN EU-KAMPFTRUPPEN!

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
6. Juni 2011

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet
OPSKATWW, der IBAN-Code **AT366000000007483053**

WEGWARTE 21. Jahrgang, Folge 3, Juni 2011
Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5
Tel.: 02242/70 516
Spendenkonto: PSK, Kto. 7483053, BLZ 60000

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer